

3. Kadener Gespräch



Tagungsbericht

Die Energiewende – globales Vorbild oder deutscher Irrweg?

*Ein Expertengespräch
der Stiftung Marktwirtschaft
am 27. März 2015 auf Gut Kaden*

Bild Titelseite:
Die Teilnehmer des
Expertengesprächs.

Bild rechts:
Dr. Lutz Peters,
Gastgeber auf Gut Kaden,
begrüßt die Teilnehmer.



Referenten

Thomas Bareiß MdB

*Beauftragter für Energiepolitik
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge

*Universität zu Köln,
Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts*

Dr. Leonhard Birnbaum

E.ON SE, Mitglied des Vorstands

Prof. Dr. Justus Haucap

*Universität Düsseldorf,
Direktor des Düsseldorfer Instituts
für Wettbewerbsökonomie (DICE),
Mitglied des Kronberger Kreises*

Josef Joffe, Ph.D.

Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit

Prof. Dr. Andreas Löschel

*Universität Münster,
Lehrstuhl für Mikroökonomik,
insbesondere Energie- und Ressourcenökonomik*

Christopher Peters

*Executive Vice President
of Business and Project Development, SGCE*

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

*Vorstand der Deutschen Wildtier Stiftung,
Senator und Präses der Umweltbehörde
der Freien und Hansestadt Hamburg a.D.*



Die Publikation ist auch über den
QR-Code kostenlos abrufbar.



Die Energiewende – globales Vorbild oder deutscher Irrweg?

„Wäre ich ein Heide, so würde ich der Energie ein Denkmal setzen, davor niederfallen und es anbeten.“

MARK TWAIN

Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht vor, bis zum Jahr 2022 aus der Kernenergie auszusteigen und langfristig den Energieverbrauch vollständig aus erneuerbaren Energien zu beziehen sowie die CO₂-Emissionen in Deutschland erheblich zu senken. Gleichzeitig sollen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit der Energiewende gewährleistet sein. Blühende Landschaften werden versprochen, die nicht nur dem weltweiten Klima, sondern auch der eigenen Volkswirtschaft zugutekommen sollen.

Doch wie passen ausufernde Subventionen und das Gebot der finanziellen Solidität zusammen? Wie ist es um die Versorgungssicherheit bestellt, wenn mehr volatile Energieträger die Wirtschaft stützen sollen? Wird die deutsche Energiewende mit ihren staatlichen Eingriffen in den Energiemarkt zu einem globalen Vorbild, das internationale Nachahmer adressiert, oder stellt sie eher einen kostspieligen Irrweg dar?

Diese und weitere Fragen hat die Stiftung Marktwirtschaft am 27. März 2015 bei einem Expertengespräch mit Wissenschaftlern, Politikern, Journalisten und Vertretern der Wirtschaft auf Gut Kaden in der Nähe von Hamburg diskutiert.

Dr. **Lutz Peters**, Gastgeber auf Gut Kaden, heißt die Teilnehmer der Tagung herzlich willkommen und zeigt sich

erfreut, dass sich die Kadener Gespräche zu einer gewissen Tradition entwickelt haben. In seiner Begrüßung stellt er zur Diskussion, ob Deutschland nicht vielmehr aus moralischen Bedenken die Energiewende eingeleitet habe. Sachliche Gründe dürften in den Überlegungen hingegen kaum eine Rolle gespielt haben. „Wir wollen plötzlich die Welt retten, koste es, was es wolle“, mutmaßt Peters.

Prof. Dr. **Michael Eilfort**, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, stellt eingangs mit dem obigen Zitat von Mark Twain heraus, welche große Bedeutung die Energie für die Menschheit habe. Augenscheinlich könne sich auch die Politik dem nicht entziehen. Jedoch tue sich das ‚politische Berlin‘ mit großen Projekten oftmals schwer. Dies gelte im Besonderen für die Energiewende. Hierbei zeige sich, dass ökonomische Vernunft und Sachrationalität nicht immer zwingend im Zentrum politischer Entscheidungen stünden. Zu oft gäben die Bedienung lautstarker Partikularinteressen oder kurzfristige Bequemlichkeit den Ausschlag.

Die Tagung wird facettenreich und pointiert von **Josef Joffe**, Ph.D., Herausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit*, moderiert. Mit Blick auf die Fragestellung der Tagung vermutet Joffe, dass der erste Teil der Frage wohl relativ schnell mit ‚Nein‘ beantwortet werden könne. Der deutsche Strom sei mittlerweile drei- bis viermal teurer als in den USA. Ob Deutschland hingegen auf einem Irrweg wandle, sei wesentlich diffiziler festzustellen. Dies wolle man nun mit den jeweiligen Experten diskutieren.



Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge

Ein Vierzigstel der Welt: Deutsche Hybris – Europäische Chancen – Globale Entwicklungen

*„Franzosen und Russen gehört das Land,
das Meer gehört den Briten,
wir aber besitzen im Luftreich des Traums
die Herrschaft unbestritten.“*

HEINRICH HEINE

Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge, geschäftsführender Direktor und Vorsitzender der Geschäftsleitung des Energiewirtschaftlichen Instituts (EWI) an der Universität zu Köln, bemerkt einleitend, dass es ihn sehr erstaune, wie leichtfertig die deutsche Energiedebatte mit der Herausforderung einer verlässlichen und wirtschaftlichen Stromversorgung umgehe. „Und dies in Zeiten eines hohen Strombedarfs in einer zunehmend elektrifizierten Welt.“ Statt einer adap-

tiven ‚Energiestrategie‘ verfolge sie ein planwirtschaftlich ausgerichtetes ‚Energiekonzept‘, welches 40 Jahre in die Zukunft plane und stark auf unsichere Annahmen wie beispielsweise zur Entwicklung der globalen Brennstoffpreise baue. Außerdem würden dessen wirtschaftliche Implikationen nicht ernsthaft hinterfragt. Daraus ergäben sich automatisch Konsistenzprobleme, die einerseits in den Annahmen selbst, andererseits außerhalb des Einflussbereichs deutscher Politik lägen. Beispielsweise unterstelle die Bundesregierung bei der Berechnung der Machbarkeit ihres Ziels, den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2050 auf 80 Prozent zu erhöhen, dass die Nachfrage nach Energie insgesamt abnehme. Nur so könne sie das anspruchsvolle Anteils-Ziel mit vergleichsweise geringen absoluten Mengensteigerungen erreichen. Es sei hingegen kein Mechanismus eingebaut, der mögliche Nachfrageerhöhungen berücksichtige. Zudem werde auch eine weitere zentrale Annahme dieser Rechnungen verschwiegen, nämlich ein abgestimmtes und gemeinsames Vorgehen in Europa. Vielmehr werde das Energiekonzept von der Bundesregierung (und allen anderen Befürwortern der sogenannten ‚Energiewende‘) so propagiert, als ob Deutschland eine Insel wäre, auf der man unabhängig von Nachbarstaaten agieren und die Ergebnisse des Energiemarkts vollständig national kontrollieren könne.

Auch stellt Bettzüge fest: „Die deutsche Vorstellung, wir könnten durch Subventionen maßgeblich die weltweite Technologieentwicklung dauerhaft prägen, ist angesichts der Größenverhältnisse Deutschlands zum Weltmarkt eine nachgerade wahnwitzige Annahme.“ Deutschland verbräuche schließlich nur ein Vierzigstel der weltweiten Energie. Ähnlich klein sei der Anteil im Bereich der CO₂-Emissionen. Statt gezielt in Deutschland einzelne Technologien zu subventionieren, müsse vielmehr der europäische Binnenmarkt gestärkt werden. Ein konstruktiver Wettbewerb würde hierbei die jeweils effiziente Technologieform wählen, sei sie deutscher oder ausländischer Provenienz. Mit dem europäischen Emissionshandel (EU-ETS) stünde bereits ein System zur Verfügung, welches eine technologieneutrale CO₂-Minderung ermögliche und auf andere Sektoren, wie den Wärme- oder Verkehrssektor, ausgedehnt werden könnte. „Die erstaunliche Selbstbezogenheit legt aber nahe, dass es der deutschen Politik vermutlich doch um etwas anderes geht, als um Emissionsminderung und globalen Klimaschutz“, resümiert Bettzüge.

Bild oben:
Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge.

Bild rechts:
Prof. Dr. Justus Haucap.

Prof. Dr. Justus Haucap

Energiewende ohne Marktwirtschaft – ein deutscher Irrweg?



*„Es ist dem Untertanen untersagt,
den Maßstab seiner begrenzten Einsicht
an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen.“*

FRIEDRICH WILHELM

„Ich glaube nicht, dass der Staat alles besser weiß als der Markt“, sagt Prof. Dr. Justus Haucap mit Blick auf das für ihn vorgesehene Eingangszitat. „Und allein werden wir das Klima schon gar nicht retten“, beteuert der Gründungsdirektor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) und Mitglied des Kronberger Kreises, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Internationale Nachahmer werde es – wenn überhaupt – nur dann geben, wenn die Kosten der Energiewende überschaubar und die Energieversorgung sicher seien. Das von Bettzüge bereits

angesprochene EU-ETS gelte diesbezüglich nicht nur als ein effektives Instrument zur Reduktion von Treibhausgasen, sondern sei auch relativ kostengünstig und lasse Drittstaaten an der Energiewende partizipieren. „Paradox ist jedoch“, konstatiert Haucap, „dass das EU-ETS wegen zu niedriger Preise in Misskredit gebracht wird, während sehr teure Instrumente wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) national gefeiert werden, obwohl diese noch nicht einmal einen treibhausgassenkenden Effekt besitzen.“ Hier würden nur Verlagerungseffekte stattfinden und die CO₂-Emissionen seit 2009 sogar wieder steigen.

Nicht nur die EEG-Auszahlungen hätten sich seit dem Jahr 2000 um das Zwanzigfache vergrößert, sondern auch die durchschnittliche EEG-Vergütung pro Kilowattstunde hätte sich im gleichen Zeitraum verdoppelt. Getrieben durch eine übertriebene Solarförderung zeige sich hier besonders die Ineffizienz des EEG. „Die Einspeisetarife sind mittlerweile rein politische Preise und völlig losgelöst von ökonomischen Realitäten“, beklagt Haucap. Die mangelnde Technologieneutralität werde auch im neuesten Vorstoß der Bundesregierung sichtbar, CO₂-Emissionen im Braunkohlektor reduzieren zu wollen. Stattdessen wäre es sinnvoller, die gewünschte Menge an CO₂-Zertifikaten aus dem EU-ETS ohne technologische Präferenzen herauszukaufen. „Die bisherige Politik führt aber dazu, dass die Energiewende immer teurer wird und Nachahmer ausbleiben werden“, so Haucap.

Diskussion

Die Energiewende als Ersatzreligion?

Joffe stellt zur Diskussion, wie es um Strategie und Zielformulierung der Bundesregierung beim Thema Energiewende bestellt sei. „In der deutschen Energiepolitik findet genau das Gegenteil von einer strategischen Herangehensweise statt“, bemängelt Bettzüge. Die Bundesregierung würde nicht unvoreingenommen an eine offene Zukunft mit sich verändernden Rahmenbedingungen herantreten und nach effizienten Lösungen suchen. Stattdessen würden voreilig ideologische Ziele formuliert und die Belastbarkeit der hierfür herangezogenen Rechenmodelle erheblich überstrapaziert. „Die CO₂-Minderung scheint auch nicht das vorrangige Ziel der Politik zu sein“, beobachtet Haucap. Vielmehr ginge es den Politikern um Wiederwahl und symbolisches Handeln bei einem emotional besetzten Thema, was auf europäischer Ebene das Glühbirnenverbot bestätige. Der Umwelt würde

durch das Verbot nicht geholfen. Nur der Wohlfühlfaktor werde erhöht.

„Die Energiewende trägt teilweise Züge einer Art Ersatzreligion“, meint Bettzüge ernüchtert. Sie verleihe offensichtlich vielen ihrer Befürworter das Gefühl, moralisch höherwertig zu handeln. Der Klimatismus als Religion könne daher auch nicht mit rationalen Überlegungen und harten Fakten überzeugt werden, so Joffe. Haucap pflichtet bei, dass man auch als Wissenschaftler mit der Rationalität oft am Ende sei. Beispielsweise bemühe sich das Land Berlin hartnäckig darum, klimaneutral zu werden. Nicht einmal Windkraft aus Brandenburg wolle man importieren. „Das soll am besten alles mit Windrädern in Berlin passieren und ist an Absurdität kaum noch zu übertreffen“, sagt Haucap.

„Geht es in Wahrheit nicht vielmehr um innere Wärme und die Bauern?“, fragt Birnbaum. Die Photovoltaik werde schließlich noch viel stärker subventioniert als der Windstrom. „Ganz klar, es findet ein Finanztransfer hin zu den Flächenbesitzern statt“, bestätigt Bettzüge. Die Abkehr von einer gemeinsamen europäischen Politik sei dabei eine zwingende Voraussetzung für die politische Vermittelbarkeit dieser Subventionen. „In dem Moment, in dem der deutsche Stromverbraucher einen südfranzösischen Landbesitzer finanziert, ist das für einen deutschen Politiker nicht mehr attraktiv.“ Bis dahin bleibe die Umverteilungsmaschine jedoch in vollem Gang und verteuere unnötigerweise den Strom. Und dies trotz einer Überausstattung mit bestehender Erzeugungskapazität, die immer weniger ausgelastet würde. „Dieser Vorgang ist ein teures Ablassgeschäft“, urteilt Bettzüge.

Bild oben:
Dr. Leonhard Birnbaum.

Bild unten:
Die Zeit-Herausgeber Josef Joffe, Ph.D.,
moderierte die Tagung.



Dr. Leonhard Birnbaum

**Wirtschaftlichkeit,
Versorgungssicherheit,
Energiewende –
Widerspruch in sich?**

„Nur wer mit dem Strom schwimmt,
wird das Meer erreichen.“

KONFUZIUS

„Die deutsche Energiewende ist nichts Besonderes – sie ist nur besonders teuer“, bekräftigt Dr. Leonhard Birnbaum, Mitglied des Vorstands der E.ON SE. Schließlich fänden Energiewenden überall auf der Welt statt, nur in Deutschland seien die Ziele zu vielfältig und teilweise widersprüchlich und die Vorgehensweise zu planwirtschaftlich. Die USA hingegen würden eine Energiewende verfolgen, die als einzige die drei Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit gleichzeitig erreiche. Insbesondere der massive Anstieg in der Gasproduktion trage dort zu dieser positiven Entwicklung bei. Das Gas habe nicht nur die klimaschädlichere Kohleverbrennung aus dem Markt verdrängt, sondern auch volkswirtschaftlich Vorteile gebracht. Die Energiepolitik der USA könne daher am

besten mit der Musikrichtung des Jazz verglichen werden: „Alle können frei spielen, nichts wird geplant, aber am Ende klingt es sehr harmonisch.“

„Viel wichtiger als die Politik ist letztlich die Innovation als eigentlicher Treiber der globalen Energiewende“, ist Birnbaum überzeugt. Große Potenziale versprechen neben Speichern die voranschreitende Digitalisierung des Energiemanagements, die intelligente Vernetzung von Maschinen und Geräten über das Internet sowie die Auswertung und Verwendung von großen Datensätzen. Hierdurch entstehen immer bessere Kundenangebote, da Innovationen nicht nur für sich genommen positive Effekte erzielen, sondern sich auch gegenseitig befeuern.

„Der Glaube an eine Planbarkeit technologisch getriebener Revolutionen ist mehr als mutig“, betont Birnbaum. „Politik und Regulierer sollten sich vielmehr darauf konzentrieren, Rahmenbedingungen für Innovationen zu schaffen, anstatt diese im Detail vorab zu planen. Alle Erfahrungen der letzten Jahre weisen in diese Richtung.“ Eine größere Bescheidenheit in der staatlichen Steuerung sei daher ratsam.

Bild unten:
Thomas Bareiß MdB.



Thomas Bareiß MdB

Die politische Energiewende: Zäsuren, Ziele, Zweifel – Zukunft?

„Es sind nicht die stärksten der Spezies, die überleben, nicht unbedingt die intelligentesten, sondern die, die am schnellsten auf Veränderungen reagieren.“

CHARLES DARWIN

„Die Energiewende in Deutschland besitzt ein bisschen von allem“, bemerkt Thomas Bareiß MdB, Energiebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit Blick auf seinen Vortragstitel. Trotz berechtigter Zweifel glaube er dennoch an die Richtigkeit und Zukunftsfähigkeit der Energiewende. Dem steigenden Energiebedarf in den nächsten Jahrzehnten müsse mit einer effizienten und nachhaltigen Energieerzeugung auf der Basis neuer Technologien begegnet werden. Die daraus entstehenden Innovationen würden schließlich auch der deutschen Volkswirtschaft zugutekommen. Auch wenn er das Restrisiko aus der Kernkraftzeugung politisch immer noch für verantwortbar halte, gehöre den erneuerbaren Energien die Zukunft.

„Im gesamten Prozess der Energiewende wurden aber auch viele Fehler gemacht“, gesteht Bareiß. Die Photovoltaik habe über 150 Milliarden Euro Subventionen erhalten, obwohl diese nur fünf bis acht Prozent der Stromversorgung abdecke. 80 Prozent der Solarmodule würden zudem aus China importiert – trotz Mindestpreisen. Auch das starre Festhalten am EEG sei lange Zeit ein Fehler gewesen, da es nur als Markteinführungsinstrument dienen sollte. „Wir müssen mehr Markt zulassen und von garantierten Preisen und vollumfänglichen Subventionen Abstand nehmen“, mahnt der Bundestagsabgeordnete.

Die Energiesicherheit müsse immer gewährleistet sein. Es dürfe nicht politischer Wille sein, die vier großen Energieversorger an die Wand zu fahren und auf fossile Energieträger zu verzichten. Der jüngste Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Gabriel, eine Klimaabgabe für Kohlekraftwerke einzuführen, sei allein aufgrund der Größenordnung paradox. Die dadurch vorgesehenen Einsparungen würde China in nur 16 Stunden emittieren. Anstelle eines nationalen Alleingangs müsse künftig vermehrt der Dialog mit den internationalen Partnern gesucht werden.



Bild oben:
Die Diskussionsrunde.

Bild rechts unten:
Prof. Dr. Andreas Löschel.

Bild rechts oben:
Prof. Dr. Fritz Vahrenholt.

Diskussion

Das süße Gift des EEG

Über die Ziele der Energiewende entscheide letztlich die politische Willensbildung, konstatiert Bareiß. „Diese sieht nun einmal den sukzessiven Ausbau der erneuerbaren Energien vor.“ Birnbaum fügt hinzu, dass die Politik den gesellschaftlichen Willen in Gesetze gegossen und gigantische Subventionen erschaffen habe, ohne über die genauen Kosten aufzuklären.

„Wäre die Energiewende noch das Ziel, wenn der Bundestag diese aus dem Haushalt finanzieren müsste?“, fragt Bettzüge. „Dann würde es durchaus schwierig werden“, eröffnet Bareiß, „das ist das süße Gift des EEG.“ Doch solch ein Vorgehen der Politik sei bereits 1994 im sogenannten „Kohlepennigurteil“ durch das Bundesverfassungsgericht kritisiert worden, so Bettzüge. „Nur durch die Umgehung der Grundsätze der deutschen Finanzverfassung hat sich die Politik überhaupt erst den Freiraum geschaffen, Subventionen in solch großem Umfang auszuhändigen.“

„Hinzu kommt, dass auch ein enormer Ausbau der erneuerbaren Energien nicht die gleiche gesicherte Leistung bietet wie derzeit die fossilen Kraftwerke“, gibt Birnbaum

zu bedenken. Um ein durchschnittliches Kernkraftwerk mit Windkraft zu ersetzen, müssten mindestens 4.000 sehr gute Windräder aufgestellt werden, die 2.000 Stunden drehen.

Das Problem sei jedoch, dass man nicht genau wisse, wann diese Energie produziert werde. „Bei Sonne weiß ich wenigstens: nicht nachts“, bemerkt Birnbaum. Bei Windkraft sei dies aber wesentlich weniger vorhersagbar. „Wir machen uns extrem wetterabhängig“, kritisiert Birnbaum. Die damit verbundene hohe Fluktuation der Spitzenlastverteilung würde auch die Netze vor Probleme stellen. Dies könne nicht wünschenswert sein.

„Braunkohle wird seit jeher gefördert, weil sie wirtschaftlich ist“, meint Birnbaum. Sei das „Loch“ erst einmal offen, wären die weiteren Kosten der Kohlegewinnung überschaubar. „Und die Öffentlichkeit unterschätzt, welchen Kostenvorteil die kurzen Transportwege der deutschen Braunkohle darstellen“, ergänzt Bettzüge. „3.000 Kilometer wollen beim Energietransport aus Russland erst einmal überwunden werden, ganz abgesehen von den geopolitischen Vorzügen heimischer Rohstoffgewinnung.“

Prof. Dr. Andreas Löschel

Erfolge bei der Energieeffizienz und Treibhausgasreduktion?

Eine Zwischenbilanz

„Erst wenn die Ebbe kommt, sieht man, wer nackt schwimmt.“

WARREN BUFFETT

Die Politik der Energiewende folge augenscheinlich der asiatischen Weisheit, „den Fluss zu überqueren, indem man die Steine ertastet“, erklärt Prof. Dr. Andreas Löschel, Inhaber des Lehrstuhls für Mikroökonomik, insbesondere Energie- und Ressourcenökonomik, der Universität Münster. Über das Ziel der Energiewende herrsche zwar Klarheit, nicht aber über den Weg dorthin. Das Energiekonzept müsse daher wesentlich flexibler gestaltet werden, so der Vorsitzende der Expertenkommission der Bundesregierung zum Monitoring-Prozess der Energiewende.

Die Energiewende sei zudem stark interessengetrieben, wodurch das Konzept und die Zielhierarchie immer wieder beeinflusst würden. Zielverfehlungen ergäben sich dadurch zwangsläufig. Im Bereich der Energieeffizienz habe die Bundesregierung mit dem „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ nachzubessern versucht. Dies sei aber sehr schwierig, da Effizienzverbesserungen wieder durch Verhaltensänderungen der Akteure zunichte gemacht werden könnten. Diese Verhaltensänderungen würden aber mitunter erst durch die Politik hervorgerufen.



Ähnliches gelte für die Ziele des Klimaschutzes. Als Leitautor des 5. Sachstandsberichts des Weltklimarates (IPCC) habe er auf die Wichtigkeit des Klimaschutzzieles als solches hingewiesen. Die Politik habe es aber bisher versäumt, verschiedene Optionen zur Erreichung der Klimaschutzziele voranzutreiben. „Die Vorschläge aus dem Monitoring-Bericht sind bisher nur sehr halbherzig aufgegriffen worden“, kritisiert Löschel. Ein weiteres Beispiel für neue klimapolitische Anstöße sei die Integration weiterer Sektoren in das europäische Emissionshandelssystem. „Die nationalen Möglichkeiten in der Klimaschutzpolitik sind sehr beschränkt“, so Löschel. Deshalb sei es wichtig, Lösungen auch stärker auf europäischer und globaler Ebene voranzutreiben.



Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

Klimawandel zwischen Wahrheit, Wahrnehmung und Wahn

„Es liegt im Interesse des Allgemeinwohls, dass es immer Menschen geben muss, die gegen den Strom schwimmen. Nur weiß das Allgemeinwohl das meist nicht.“

SENECA

„Ich gehöre einer Minderheit an, die den Thesen des Weltklimarates widerspricht“, positioniert sich Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Vorstand der Deutschen Wildtier Stiftung, vormals Senator und Präses der Umweltbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg. Der Weltklimarat (IPCC) behaupte seit 1990, dass der Anstieg der globalen Temperatur zu 90 Prozent von den Menschen verursacht werde. Eine parallele

Entwicklung von CO₂-Emissionen und Temperaturanstieg sei aber lediglich zwischen 1977 und 1998 erkennbar. Seit 1998 – also seit 17 Jahren – nehme die globale Mitteltemperatur nicht mehr signifikant zu, während der CO₂-Ausstoß weltweit weiter ansteige. Entgegen der These des IPCC hätten natürliche Faktoren einen viel größeren Einfluss auf die Erwärmung von 1977 bis 1998 sowie auf den Temperaturstillstand, der bis 2030 anhalten werde.

„Über den Zeitraum von 2.000 Jahren lässt sich ein natürlicher Zyklus der Temperaturentwicklung erkennen“, so Vahrenholt. Die solare Strahlungsintensität verlaufe hierzu annähernd parallel und korreliere sehr stark mit den unterschiedlichen Wärme- und Kältephasen. Der IPCC unterschätze vielmehr den Einfluss natürlicher Faktoren, was zu einer Überschätzung der Temperaturprognosen führe. „CO₂ ist ein deutlich schwächeres Klimagas als bislang angenommen. Daher wird eine Erwärmung in diesem Jahrhundert nicht mehr als 1 bis 2 °C betragen.“ Wissenschaftliche Untersuchungen natürlicher Ursachen der Klimaveränderungen fänden aber nirgendwo in Deutschland statt, was sehr bedauerlich sei und nur die Verbreitung von Angstscenarien fördere.

„Anstatt überhastet auf die fehlerhaften Prognosen des IPCC zu reagieren, sollte die Politik besser die Zeit dafür nutzen, das Energiesystem vernünftig zu gestalten“, mahnt Vahrenholt. Stattdessen finde eine angstgetriebene Politik statt, die einen Schrumpfungsprozess der industriellen Basis in Deutschland vorantreibe. Dieser Irrweg dürfe nicht weiter verfolgt werden. Jedoch verkenne auch die Wirtschaft bislang, dass die Auseinandersetzung um industrielle Entwicklung und Wohlstand mittels der Klimafrage geführt werde.

Bild oben:
Christopher Peters.

Bild unten:
Josef Joffe, Ph.D., Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge,
Christopher Peters und Prof. Dr. Fritz Vahrenholt (v.li.).



Christopher Peters

Die amerikanische Energiewende: Unabhängig mit Fracking

„Wenn ich die Menschen gefragt hätte, was sie wollen, hätten sie gesagt: schnellere Pferde.“

HENRY FORD

„Es ist keine Frage, ob die USA energieunabhängig werden, sondern nur wann und mit welchen Mitteln“, argumentiert Christopher Peters, Executive Vice President of Business and Project Development, SCGE Houston, Texas. Das Fracking – eine Methode der Tiefenbohrtechnik zur Erdöl- und Gasförderung – spiele dort eine zentrale Bedeutung für die angestrebte Energieunabhängigkeit. Die Geschichte des Fracking, ursprünglich vertikal mit Sprengladungen durchgeführt, reiche dabei bis in das 19. Jahrhundert zurück. Bis 2008 seien auch die regulatorischen Rahmenbedingungen derart verändert worden, dass die Erträge die Erzeugungskosten bei weitem übersteigen und seitdem das Fracking flächendeckend zum Einsatz komme.

„Trotz sinkender Preise und einem Rückgang der Investitionen für neue Bohrungen konnte die nordamerikanische Erdgasproduktion in den letzten Jahren erheblich gesteigert werden“, berichtet Peters. Die USA seien daher im Bereich der Erdgaserzeugung bereits heute faktisch unabhängig von Importen. Die erheblichen Gasvorkommen im Land würden diesen Zustand noch lange stützen. Auch die Schieferölproduktion sei auf dem Vormarsch und könne bisherige Ölimporte aus den OPEC-Staaten vermehrt ersetzen. Zu erwartende Liberalisierungen der amerikanischen Ölexporte würden diesen Prozess weiter fördern und zur Energieunabhängigkeit der USA beitragen.

Diskussion

Von Kapazitätsmärkten und Taxifahrern

„Der Kapazitätsmarkt wird spätestens in fünf Jahren kommen“, schätzt Birnbaum. Wenn die fossile Energieerzeugung in Deutschland – anders als in den USA – weiter reduziert werde, komme die Politik nicht um eine Vergütung für das Vorhalten von Leistungskapazitäten herum, sofern sie eine sichere Energieversorgung gewährleisten wolle. „Im Moment werden wir aber von der Politik angewiesen, einige unserer fossilen Kraftwerke weiter zu betreiben. Und zwar umsonst, zu Cash-Kosten“, erklärt Birnbaum. Die dahinterstehende Logik könne mit einem Taxifahrer verglichen werden, der nichts verdiene, aber trotzdem fahren müsse. „Da sagt Ihnen der lokale Bürgermeister: Wir brauchen das Taxi, Du musst weiterfahren. Das Taxi hast Du doch schon gekauft, dann kannst Du auch damit herumfahren.“ Das habe aber nichts mit Wirtschaftlichkeit zu tun. „Die Politik greift hier explizit in den Markt ein, verzerrt die Anreizstrukturen für Investitionen und gefährdet so die Versorgungssicherheit der deutschen Volkswirtschaft“, befindet Birnbaum.

„Wir könnten eine viel rationalere Politik betreiben“, gibt Vahrenholt zu bedenken. Im Gegensatz zum Weltklimarat (IPCC), teile er die alarmistischen Annahmen einer extremen globalen Erwärmung nicht. „Eine Steigerung der Temperatur um 4,5 bis 6 °C wird in den nächsten Jahrzehnten nicht eintreten“, prophezeit Vahrenholt. Er schätze das Ausmaß viel geringer ein, da unter anderem bis 2030 ozeanische Strömungen zu einer Abkühlung des Klimas führten. Dies bedeute, dass für eine Energiewende wesentlich mehr Zeit bliebe und kostspielige Aktionen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes ausbleiben könnten. „Doch dann fällt das gesamte Gedankengebäude des IPCC in sich zusammen und ein ganzes Institut, das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung mit 20 Professoren und vielen Wissenschaftlern, hätte ein großes Problem, wenn es diese Infragestellung ihrer Arbeit zulassen würde“, so Vahrenholt.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe III habe er beim letzten Bericht des Weltklimarats mitgewirkt, berichtet Löschel. „Im politischen Auswertungsprozess des Berichts wurden jedoch nur einzelne Analysen wahrgenommen. Dies ist tatsächlich ein Problem.“ Unterschiedliche Meinungen müssten mehr gehört werden. Es sei daher ratsam, mehr Querdenker in die einzelnen Arbeitsgruppen zu integrieren.



In den internationalen Klimaverhandlungen spielten jedoch weniger Klimaaspekte eine Rolle als vielmehr nationale wirtschaftliche Interessen. Die USA machten beispielsweise ihre Überlegungen von der Entwicklung der eigenen Öl- und Gasproduktion abhängig. „Das wird letztlich aber alles unter der Recheneinheit CO₂ vermarktet“, erklärt Löschel.

Fracking sei für die USA eine sehr effiziente Technologie zur Energiegewinnung, ergänzt Peters. „Die Fixkosten konnten in den letzten Jahren erheblich gesenkt werden, die Findungskosten ebenfalls. Man weiß relativ genau, was das nächste Bohrloch produziert.“ Das mache das Fracking so attraktiv und daher habe sich dieses Geschäftsmodell in den USA so schnell etabliert. Dies sei auch für die deutsche Energiewende erstrebenswert.

Bedenken an der deutschen Energiewende könne er durchaus nachvollziehen, befindet Bareiß. In seinem Wahlkreis gebe es beispielsweise vier große Bürgerinitiativen gegen Windkraft, mit denen er intensive Diskussionen führe. Von Bürgerinitiativen gegen Fracking ganz zu Schweigen. „Aber ich habe manchmal schon das Gefühl, dass wir in einem sehr satten Land leben“, so Bareiß. Investitionen in die Netzinfrastruktur würden stets gefordert. Die konkrete Umsetzung werde von den gleichen Personen aber wieder blockiert, sobald sie von den Maßnahmen konkret betroffen würden. „Wenn die Menschen jedoch die Energiewende wirklich wollen, muss man ihnen immer wieder den Spiegel vorhalten. Die Einschnitte der Energiewende müssen jedem klar sein“, mahnt Bareiß.



IMPRESSUM

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel. (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner/Text:
Dr. Jörg König
koenig@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann